

Der Arbeiter

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonparallelezeit
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Post- und Kont.: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Brüning nach Paris!

Englischer Besuch in Berlin vertagt

Worüber sie schweigen

Landstrolche des Kapitals in Verlegenheit / Lahusen—Goldschmidt—Hugenberg

Der „Vorwärts“ konnte heute morgen melden, daß für den nächsten Montag eine Ministerpräsidentenkonferenz in London geplant sei, an der auch Brüning und der Amerikaner Stimson teilnehmen sollen. Diese Meldung ist inzwischen bestätigt. Die deutsche Regierung hat die Einladung nach London angenommen.

Mittlerweile ist aber auch der Plan einer sofortigen Reise von Brüning und Curtius nach Paris aktuell geworden. Die Reichsregierung wollte mittags 1 Uhr von einem solchen Plan offiziell noch nichts wissen. Das war um so erstaunlicher als — nach unseren Informationen — eine Einladung nach Paris vorlag, die sogar auf einen deutschen Führer zurückzuführen war.

Wenn der Reichskanzler und der Außenminister heute nach Paris fahren, und wenn sie am Montag zur Konferenz in London sein sollen, dann wird natürlich nichts anderes übrig bleiben, als den englischen Ministerbesuch in Berlin auf unbekannte Zeit zu vertagen.

Zur Zeit werden noch wegen der endgültigen Gestaltung der Reisedisposition noch Verhandlungen zwischen Berlin, London und Paris geführt. Das Reichskabinett ist zu einer Sitzung zusammengetreten, in der es sich mit den schwebenden Reiseplänen beschäftigt. Bei Schluß des Blattes war schließlich die Reise nach Paris am heutigen Abend so gut wie beschlossen.

Sie schweigen! Sie schweigen! Die Presse des Herrn Hitler und die Zeitungen des Herrn Hugenberg üben sich um die Wette, ihren Lesern die marantesten Erscheinungen der gegenwärtigen Krise zu verheimlichen. Wer in den nationalsozialistischen Zeitungen den Namen Lahusen sucht, der wird vergebens suchen! Dieser Name ist in der Presse des Herrn Hitler verpönt, er darf nicht genannt werden. Auch der Name „Nordwolle“ war bisher verboten — das Berliner nationalsozialistische Organ hat jetzt erst in einem nichtslgenden Artikel seinen Lesern mitgeteilt, daß es so etwas wie einen Fall Nordwolle gibt. Aber diese Form der Mitteilung war eine einzige Lüge, ein großer Versuch, die Wahrheit zu verkleinern und zu verdunkeln.

Nun gar erst die nationalsozialistische Presse in Bremen und Oldenburg! Für sie existiert der Nordwolle-Konzern nicht. Kein Wort, kein Name, keine Zeile über den ungeheuerlichsten aller deutschen Wirtschaftskandale! Die Macher des Herrn Hitler fürchten, daß namentlich über die oldenburgische Bevölkerung nach den letzten Wahlen ein großes Erwachen kommen wird, wenn sie erfahren, wem sie in Wahrheit ihre Stimme gegeben haben, und mit wessen Geld diese Hakentreuwwahlen bezahlt worden sind.

Die Mitläufer der Nationalsozialisten sollen nicht erfahren, daß der Wirtschaftsführer Lahusen verbrecherisch den Volkonzern in eine 200-Millionen-Pleite geführt hat. Sie dürfen nichts darüber erfahren, daß die kriminellen Handlungen des Lahusen die Einleitung zu der gegenwärtigen schweren Krise waren.

Aus diesem Schweigen spricht das schlechte

Gewissen! Die Leute des Herrn Hitler haben sich als „Sozialisten“, als Gegner des Kapitalismus aufgespielt! Jetzt wäre es an der Zeit, die Vertreter des Kapitalismus gleichzeitig mit den Vertretern führender Kapitalisten anzuprangern. Der Fall Lahusen ist eine der schlimmsten kapitalistischen Giftblüten, er zeigt, wie ein gewissenloser Raffer um seines eigenen Vorteils willen große Produktionsbetriebe zerstört. Aber die Hakentreuwpresse schweigt! Sie begünstigt das kapitalistische Verbrechen, sie begünstigt die Schuldigen!

Denn die Schuldigen, das sind die Auftraggeber und Geldgeber der Nationalsozialisten. Die Rolle Hitlers und seiner Leute ist ent-hüllt. Sie sind die Landstrolche eines verbrecherischen Kapitalismus.

Auch die Presse des Herrn Hugenberg hat das Schweigen ge-lernt. Sie schweigt über die interessantesten Zusammenhänge. Mit keinem Wort ist sie bisher auf die Behauptung der „Täglichen Rundschau“ eingegangen, daß der Scherl-Verlag bei der Dana-Bank mit 23 Millionen Mark verschuldet sei. Keine Berichtigung, kein Dementi ist dieser Behauptung eines rechtsstehen-den Blattes entgegengesetzt worden. Hugenberg bei Goldschmidt mit 23 Millionen verschuldet — wo bleibt das Geschrei jener rechtsradikalen Blätter, die die gerichtnotorische Lüge von Beziehungen des „Vorwärts“ zu Jakob Goldschmidt in verleum-derischer Absicht immer wieder in die Welt gesetzt haben?

Sie schweigen, weil das schlechte Gewissen ihnen den Mund geschlossen hält. Das Schuldbewußtsein der Kapitalisten tritt in der Verlegenheit der kapitalistischen Presse am deutlichsten zutage!

Frankreichs Unversönlichkeit.

Englische Mahnung.

London, 16. Juli.

In einem „Ein kritischer Tag“ überschriebenen Leitartikel sagt „Times“ u. a.: Wären die amerikanischen Vorschläge sofort und einstimmig angenommen worden, so hätte ihre belebende Wirkung Deutschland wahrscheinlich in die Lage versetzt, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Aber die von Frankreich verur-sachte Verzögerung veranlaßte eine Verdoppelung der Nervosität mit dem Ergebnis, daß neben den auswärtigen Abzügen in Deutschland selbst die Flucht vor der Mark begann. Glücklicherweise hat die deutsche Regierung Schritte getan, um das Loch zu verstopfen. Aber die Weigerung Frankreichs, an einem internationalen Kredit für Deutschland teilzunehmen, außer unter Bedingungen, die Dr. Brüning anzunehmen nicht in der Lage ist, hat einen Zustand geschaffen, der die

finanzielle Stabilität beinahe jedes europäischen Landes bedroht.

Die Hauptsache ist jetzt, daß Finanzbehörden und Publikum in Frankreich ebenso wie in Deutschland langes Blut bewahren, wenn nicht unangenehme Schäden entstehen soll. Vor allem muß das Ver-trauen wiederhergestellt werden. Dies ist noch immer möglich, sogar jetzt, wo der Sturm schon losgebrochen ist. Aber nur unter einer Bedingung: daß nämlich

die französische Regierung bereit ist, alle kurzfristigen politischen Erwägungen beiseite zu lassen

und von Herzen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten bei den Maßnahmen mitzuwirken, die zum Schutz der deutschen Währung notwendig sind. Deutschland ist für den Augenblick von allen Reparationszahlungen befreit worden, und im Grunde sind die Verhältnisse in Deutschland viel gesünder, als sie zur Zeit der Inflation waren. Die Industrie leidet schwer unter der Depression, genau wie die Industrien aller anderen Länder, aber ihre Grundlage ist gesünder, die Handelsbilanz ist positiv, und dank der mutigen Politik von Dr. Brüning ist das Budget des Deutschen Reiches ausgeglichen. Das einzige Hindernis ist, wie die Sitzung der B33, neulich deutlich gezeigt hat,

die politische Unversönlichkeit der französischen Regierung.

die verantwortlich ist für das Wachsen und die Ausbreitung der gegenwärtigen Krise. Frankreich ist wirklich gut, darüber nachzu-denken, ob es nicht durch die Förderung eines Zusammenbruchs in Deutschland die Sicherheit einiger seiner eigenen zentraleuropäischen Alliierten ernstlich gefährden würde. Es muß auch Laual und seinen weiterbildenden Kollegen klar sein, daß die Gefahren für sie unendlich größer sind als der Gewinn, um den es geht. Die Erpressung politischer Garantien von Dr. Brüning würde, selbst wenn er bereit wäre, sie zu geben, wertlos sein, denn sie würde so gut wie gewiß zum Sturze seiner Regierung führen. Welche politische Färbung auch die folgende Regierung hätte, auf jeden Fall wäre sie sicherlich den französischen Interessen feindlich gesinnt. Ist dieses Spiel des Einfages wert?

Direkte Aussprache!

Paris, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Am heutigen Vormittag um 11 Uhr findet im Innen-ministerium unter dem Vorsitz Lavals die angekündigte Beratung zwischen den französischen Ministern, dem englischen Außenminister Henderson und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson statt. Stimson hat Briand bereits am Mittwochnach-mittag einen kurzen Höflichkeitsbesuch gemacht. Später hatte er in der amerikanischen Botschaft eine längere Unterhaltung mit Henderson.

Ueber die gestern stattgefundene Konferenz der französischen Mi-nister mit Henderson schreibt der offiziöse „Petit Parisien“: „Die Beratung am Quai d'Orsay hat, soviel wir wissen, in einem all-gemeinen Meinungsaustausch über die Notwendigkeit bestanden,

Deutschland zu helfen, falls es einen solchen Wunsch formell zum Ausdruck bringt

und zu diesem Zweck eine günstige politische Atmosphäre schaffen würde, ohne die das für den deutschen Kredit so notwendige Ver-trauenswunder sich nicht vollziehen kann. Der französische und der englische Standpunkt stimmen darin vollkommen überein. Höchstens könnte man eine geringe Meinungsverschiedenheit feststellen, die darin besteht, daß die englische Regierung ebenso wie die amerika-nische die Frage des finanziellen Bestandes mit dem Problem der Abrüstung verknüpfen und damit die Vorbereitung der allge-meinen Abrüstungskonferenz erleichtern möchte. Henderson wird sich sicherlich mit Macdonald in Berlin dafür einsetzen, den deutschen Mi-nistern verständlich zu machen, daß sie ein wirkliches Interesse daran haben, daß die Prestigepolitik, die seit den Septemberwahlen in Deutschland getrieben wird und die Deutschland selbst nur Schaden zugefügt und das moralische Klima Europas vergiftet hat, durch eine verständliche Haltung zu ersehen, die das internationale Vertrauen wiedererwecken und fruchtbare Zusammenarbeit möglich machen könnte.“

Sehr viel schärfer als dieses von der Regierung inspirierte Organ drücken sich andere Zeitungen aus. Das radikale „Ouvrè“ erklärt, daß Henderson den französischen Ministern gegenüber den englischen Vorschlag erneuert habe, nach der Sachverständigenkonferenz in London eine Ministerbesprechung einzuberufen. Mi-nisterpräsident Laval habe

diese Einladung diesmal abgelehnt

und hinzugefügt, daß ihm sogar die Sachverständigenkonferenz als überflüssig erscheine, und daß sie nach seiner Meinung ohne Nach-teile vertagt werden könnte. Henderson habe darauf geantwortet, daß es zu spät sei, die Konferenz abzusagen und daß sie am Frei-tag zusammentreten werde. Nach dem „Journal“ hat Henderson mitgeteilt, daß der hauptsächlichste Zweck des englischen Ministerbesuches in Berlin darin bestehe, für die Wiederannäherung zwischen Frankreich und Deutschland zu arbeiten. Die Zeitung lehnt dieses Ansinnen unter Hinweis auf die gescheiterte Ver-mittlung zwischen Frankreich und Italien in der Abrüstungsfrage rundweg ab.

Frankreich und Deutschland seien groß genug, um ihre Ge-schäfte selbst beginnen zu können.

Frankreich habe es nicht nötig, sich sagen zu lassen, was es tun solle. Der französische Ministerpräsident habe, so erklärt das „Journal“ weiter, Henderson sicherlich zu verstehen gegeben, daß der Augen-blick zum Handeln gekommen sei, und daß Frankreich eine klare Sprache zu führen verstehen werde, die eine vernünftige Lösung erlaube und die jeder politischen und finanziellen Betrügerei ein Ende mache. Ebenso wendet sich das „Echo de Paris“

gegen jede Vermittlungstätigkeit Hendersons.

Die klare Absicht des englischen Ministers, so schreibt die „S“ sei, Deutschland den französischen Standpunkt mitzuteilen und eine Einigung zwischen den beiden Regierungen in die Wege zu leiten, die eine finanzielle Aktion vor dem endgültigen Abschluß eines poli-tischen Abkommens möglich macht. Nur eine aufrichtige Einigung zwischen Frankreich und Deutschland, die das Vertrauen wiederherstellt, könne die Interventionen mit ausländischen Krediten wirksam machen. Henderson könne am Donnerstag seine Verhandlungen mit den französischen Ministern fortsetzen und auch Stimson könne daran teilnehmen. Die Dinge würden deswegen aber nicht besser gehen. Wenn Brüning und Curtius nach Paris kämen, dann würde im Gegenteil die öffentliche Meinung in der Welt wieder Vertrauen bekommen, und wenn die deutschen Mi-nister den aufrichtigen Willen zur Verständigung mitbrächten, dann könnte man das Ende der gegenwärtigen tragischen Stunden erhoffen.

Im „Populaire“ tritt Léon Blum von neuem dafür ein, daß die französische Regierung vor der notwendigen Unterstützung Deutschlands nicht zurückschrecke und diese von keiner ausdrücklichen Vorbedingung abhängig mache.

Staatsaufsicht über Privatwirtschaft. Sozialdemokratische Forderungen.

Wie wir hören, hat sich die Reichsregierung als Anregung des Reichsfinanzministers mit dem Plan beschäftigt, die monopolartigen Unternehmungen der Privatwirtschaft der Aufsicht des Reichs zu unterstellen. Man denkt dabei in erster Linie an die großen Geldinstitute, für die eine Staatskontrolle nach dem Vorbilde der Reichsaufsicht für das Versicherungsgewerbe eingeführt werden soll. Den Anlaß zu der Erörterung dieses Planes hat die Tatsache gegeben, daß durch die fahrlässige Handhabung der Geschäfte bei der Danatbank die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrundes geführt worden ist. Eine wichtige Rolle bei diesen Erörterungen spielt dabei aber auch das Verhalten der anderen Großbanken, die sich geweigert hatten, rechtzeitig durch eine Solidaraktion den Zusammenbruch des zweitgrößten Bankinstituts in Deutschland zu verhindern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon seit Jahren die Forderung nach einer verstärkten Kontrolle der Kartelle sowie der monopolistischen Konzerne und Einzelunternehmungen gestellt. Sie begnügt sich nicht mit theoretischen Anregungen, sondern arbeitet genau formulierte Gesetzesentwürfe aus, die sofort hätten verwirklicht werden können, wenn die bürgerliche Mehrheit des Reichstags und die Reichsregierung den Willen gezeigt hätten, den schon seit langem offenkundigen Mißständen in der deutschen Wirtschaftsführung zu Leibe zu gehen. Zuletzt hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 15. Dezember v. J. einen solchen Gesetzesentwurf eingebracht, durch den eine Aufsicht über die Kartelle und Monopolbetriebe geschaffen werden sollte. Zu ihnen sollten nicht nur die Erzeugung und Abwehrkartelle gezählt werden, sondern auch die Banken und Kreditinstitute, zu denen das Reich die beginnenden für die Bewährung Kontribute sowie für den Abschluß von Bank- und Börsengeschäften kontrollieren sollte. Dieser Antrag ist dem volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags überwiesen worden.

Es genügt aber nicht, daß die Reichsregierung jetzt endlich, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, eine Aufsicht nur für das Bankgewerbe und nur im Rahmen der Reichsaufsicht für das Versicherungswesen schaffen will. Bei dem Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns hat sich erwiesen, daß die Vorschriften über die Beaufsichtigung des Versicherungsgewerbes unzulänglich sind. Es muß viel schärfer und weit über das Bankgewerbe hinaus durchgegriffen werden. Es bedarf dazu keiner umständlichen Erwägungen der Sachverständigen, die Sozialdemokratie hat die Regierung in ihrem Antrag zur Schaffung eines Kartells und Monopolgesetzes den Weg gewiesen, der jetzt unbedingt beschritten werden muß.

Die Fahrt mit dem Tode.

Fünf Todesopfer des Autounglücks bei Burgsolms.

Wetzlar, 16. Juli.

Ueber den Hergang des furchtbaren Autounglücks bei Burgsolms, über das bereits berichtet wurde, werden folgende Einzelheiten gemeldet: Der mit fünf Personen besetzte Kraftwagen hatte bereits den ungeführten Bahnübergang teils passiert, als er von der Lokomotive des von rechts herannahenden Güterzuges erfaßt und vor sich hergeschoben wurde. Die Insassen versuchten scherzend, sich dem Maschinenpersonal verständlich zu machen. Es gelang

Zurück nach Braunschweig



„Tröstet euch, liebe Pp. Pp., ich habe in Berlin nur moralische Ohrfeigen erhalten, juristisch bin ich nochmal gerade durchgerutscht!“

ihnen aber ebensowenig, wie einem auf dem Felde arbeitenden jungen Mann, der den Vorfall von Anfang an beobachtet hatte. Er lief mit Warnungsschildern an den Bahndamm heran, wurde auch bemerkt, doch vermutete das Personal nicht entfernt die schreckliche Ursache seiner Rufe. Etwa zehn Meter hinter der Unglücksstelle wurde ein Scheinwerfer der Lokomotive auf den Bahndamm geschleudert. Kurz darauf wurde die Leiche eines Kindes aus dem Auto herausgeschleudert. Auf eine Strecke von rund 100 Metern wurde der Wagen bis an die Eisenbahnbrücke über den Solmsbach hergeschoben, und erst dann vollendete sich das entsetzliche Schicksal seiner Insassen. Das Auto wurde infolge der Raumverengung zwischen Weis und Brückengeländer vollkommen zertrümmert und die Insassen buchstäblich zu Tode gequetscht. Teile des Autos wurden noch über die Brücke geschoben, wo der Zug erst zum Stehen kam. Er wurde dann zurückgenommen, und erst jetzt konnte man die Leichen aus ihrer Lage befreien. Ein Kind gab noch Lebenszeichen von sich, als es befreit wurde, und verschied dann kurz darauf, ein weiteres Kind wurde mit Querschnitten in das Wetzlarer Krankenhaus eingeliefert. Die Bevölkerung befindet sich in großer Erregung, da sich bereits mehrfach an dieser Stelle schwere Unglücksfälle ereignet haben.



Vor der Berliner Sparkasse

Aufnahme von heute morgen

Schlangen vor den Sparkassen

Auszahlungen wie bei den Banken

Vor der Hauptkasse wie vor den einzelnen Filialen der Städtischen Sparkasse kam es in den Vormittagsstunden zu großen Ansammlungen von Sparkonten-inhabern und Neugierigen. Zu nennenswerten Zwischenfällen ist es nirgendwo gekommen.

In verschiedenen Außenbezirken der Stadt, insbesondere in den östlichen, hatten sich verängstigte Sparkonteninhaber schon in den frühen Morgenstunden vor den Sparkassenfilialen angestellt, um ihre Einlagen abzugeben. Ihre Enttäuschung war aber groß, als um 9 Uhr früh die städtischen Sparkassen Anschläge tushängten, wonach auch dieses Institut nur Gelder für Löhne, Gehälter, Renten und ähnliche Bezüge auszahlen darf.

Diese Ansammlungen, die schon vor Kassenöffnung der Filialen zu recht ansehnlichen „Schlangen“ angewachsen waren, wurden im Laufe des Vormittags erheblich verstärkt durch Neugierige. Diese mischten sich unter die Sparrer, so daß, wie zum Beispiel vor der Hauptkasse am Mühlendamm, in breiter Front die Bürgersteige versperrt waren. Zahlreiche Doppelposten der Schutzpolizei, verstärkt durch Bereitschaftskommandos, konnten diese Ansammlungen, wenn nötig, jedoch mühelos durch einfaches Auffordern zum Weitergehen zerstreuen.

Neben der Polizei stehen Angestellte der Sparkassen von den Kassentüren und suchen, soweit sich übersehen läßt, erfolgreich, beruhigend auf die Einlass Begehrenden einzuwirken. Trotzdem fehlt es nicht an „Fälschungen“ und „Klatschen“, die die Menge auszuwiegen versuchen. Daneben werden unverantwortliche Gerüchte folportiert. Zu bemerken ist noch, daß im Verhältnis zu den Tausenden von Kunden der städtischen Sparkassen nur ein verschwindender Bruchteil heute früh einen Run auf dieses Geldinstitut versucht hat. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Sparrer bewies die jetzt so nötige Disziplin und wartete die weitere Entwicklung der Dinge ab, ohne sinnlose Abhebungen zu machen.

Die Gerüchte über Zusammenstöße vor den Sparkassenfilialen in der Borghagener und Barshauer Straße bewahrheiteten sich erfreulicherweise nicht.

Angst um das Ersparne.

Gerüchte und Psychosen.

Ein Leser schreibt uns aus seinen Beobachtungen:

Die Banken haben wieder ihre Schalter geöffnet. Gestern noch wollten es ängstliche Gemüter nicht wahr haben. In den Kneipen, beim Friseur, im Krämerladen und auf der Straße, überall ging die Diskussion: Wird morgen ausgezahlt werden und bekommen wir am Freitag unsere Löhne? Die neuesten Nachrichten in den Zeitungen wurden verschlungen und danach neu beraten. Begabte Phantasten und Schönredner, die sich gerne im Mittelpunkt sehen, nützen die allgemeine Wirrnis in den Köpfen der Menschen aus, um ihre Weisheit an den Mann zu bringen. Nun ist der erwartete Augenblick da. Zugleich mit der Öffnung der Bankgeschäfte aber ist eine neue Notverordnung herausgekommen, die bestimmt, daß nur Gelder für amtlich beglaubigte Lohn- und Unterstützungsauszahlungen abgegeben werden.

Während sich in den Depositenstellen der großen Privatbanken der Verkehr ziemlich ruhig abspielt, haben sich an den Sparkassen trotzdem größere Ansammlungen gebildet, die in langen Schlangen vor den Türen stehen.

Ruhe meiner Wohnung in einem Proletarierviertel habe ich einen solchen Andrang bei der Berliner Stadtbank beobachtet. Die Frauen überwiegen bei den Wartenden, unter ihnen noch viele sehr junge, die vielleicht erst kürzlich geheiratet haben und um ihr Geld fürchten, das sie für Ratenabzahlungen benötigen. Vor dem Eingang steht ein Schupo, der sich vergeblich bemüht, einen aufgeregten, älteren Herrn zu beruhigen. Eine unheimliche Angst prägt sich in den Gesichtern der Menschen, Angst vor einem Zustand, der entsetzlich genug war, daß nur die Vorstellung von einer Wiederkehr Grauen erregt: die Inflation. Und dieses Märchen von einer neuen Geldentwertung findet willige Ohren. Alle noch so vernünftigen Gegenargumente prallen wie an einer ehernen Mauer ab. Schön, wenn es nicht kommt, desto besser, aber auf alle Fälle wollen wir uns sichern. Keiner will oder kann begreifen, daß heute gerade das Gegenteil einer sprunghaften Geldentwertung da ist, nämlich der Rentenmangel. Man munkelt, in allen Ecken wird getuschelt, und sofort ist eine allgemeine Angstpsychose in den Leuten erregt Frauenherzen.

Arbeits von der wartenden Menge aber stehen drei ärmlich gekleidete Gestalten. In den Mantelförben liegen ein paar Kartoffeln und wenig Gemüse.

„Ja“, sagt die eine, „die hier machen das alles erst schlimm. Die konnten noch sparen. Sie sollten erst mal ein paar Jahre mit 32 Mark Unterstützung Mann und vier Kinder ernähren. Jetzt haben sie Angst um ihre paar Kröten. Gar nichts sollten sie kriegen, sondern mal ebenso Rot leiden wie wir.“

Diese Worte aus dem Munde einer gepeinigten Frau zeigen die wirklichen Schwierigkeiten unserer Situation. Wir gehen nicht

einer äußerlich glanzvollen Inflationsperiode entgegen, sondern die Gefahr ist da, daß neue Zusammenbrüche und Arbeiterentlassungen kommen werden. Nicht Angst um das Geld, sondern die Furcht, erwerbslos zu werden, steckt in den Herzen der Arbeiter.

Keine Prüfung der Lohnlisten.

Die Banken auf dem Rückzug.

Wie die W.B.-Handelsdienst erzählt, haben die Banken wegen der sich ergebenden Schwierigkeiten darauf verzichtet, die Lohnlisten erst nachprüfen zu lassen, die Auszahlungen der Löhne erfolgen demgemäß ohne besondere Prüfung der Listen.

Zahlt für die Arbeitslosen!

Beiträge für die Arbeitslosenversicherung müssen eingezahlt werden.

Die regelmäßige und reibungslose Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen muß gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter allen Umständen wie bisher sichergestellt bleiben. Dies ist jedoch nur möglich bei unge störtem fließendem Eingang der Beitragsgeldungen.

Auf pünktliche Einzahlung der fälligen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung muß daher nach wie vor größter Wert gelegt werden. Die Erfüllung dieser Pflicht ist durch die Durchführungsverordnungen über die Wiederaufnahme des Zahlungs- und Ueberweisungsverkehrs ausdrücklich ermöglicht worden.

Zusammenstöße mit der Polizei.

Kommunistische Gewissenlosigkeit.

Am Mittwoch haben kommunistische Provokationen aus Anlaß des sogenannten „Erwerbslosentages“ in mehreren deutschen Städten zu Zusammenstößen mit der Polizei geführt. An mehreren Orten wurde auf die Polizeibeamten geschossen, die Polizisten haben das Feuer erwidert. Es wurden überall Verhaftungen vorgenommen.

Der Bundesausschuß des ADGB. tagt.

Stellungnahme zu der gegenwärtigen Situation.

Heute vormittag trat der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Haus des Reichswirtschaftsrats zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um zu der augenblicklichen Situation Stellung zu nehmen.

Die Beratungen sind bei Redaktionschluss noch nicht beendet und irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt worden. Selbstverständlich sind die freien Gewerkschaften nach den verschiedensten Richtungen hin an den Ereignissen außerordentlich stark interessiert.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird morgen im „Vorwärts“ berichtet werden.

Ueber 40 Millionen Mark.

Unterstützung des D.M. im Jahre 1930.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte im letzten Jahre eine Einnahme von 56,6 Millionen Mark — ohne den Kassenbestand aus dem Jahre 1929. Von diesen Einnahmen sind über 40 Millionen Mark an die Mitglieder zurückgezahlt worden. Davon allein an Erwerbslosenunterstützung 35,7 Millionen Mark und für Streiks 3,3 Millionen. An Gemahregelte wurden 212 972 Mark gezahlt, in Notfällen 186 490 Mark, an Invaliden 166 261 Mark, an Sterbegeld 414 072 Mark und für Rechtschutz 87 221 Mark.

Außer den Aufwendungen der Hauptkasse für Unterstützungen haben die Lokalkassen an durchreisende Kollegen 116 360 Mark gezahlt — die Hauptkasse zahlte 101 021 Mark Reisegelder —, an franke Mitglieder 117 750 Mark und an arbeitslose Mitglieder 2 079 983 Mark und in besonderen Notfällen 630 576 Mark, außerdem in Sterbefällen 205 783 Mark.

Insgesamt zahlten die Hauptkasse 40 115 256,12 Mark an Unterstützungen und die Lokalkassen 3 697 443,72 Mark, zusammen 43 812 699,84 Mark. Darunter sind 4 075 753,62 Mark an Streit- und Gemahregelunterstützung, davon 546 980,62 Mark aus den Lokalkassen.

Solchen Leistungen gegenüber wirkt die Maulaufreizerei der R.D.O.-Leute um so lächerlicher.

Die badische Regierung beabsichtigt auf Grund des in der badischen Verfassung vorgesehenen Notverordnungsrechts eine Änderung des badischen Besoldungsgesetzes. Die Änderung wird mit der finanziellen Notlage Badens begründet.

Englands Freundschaft für Deutschland

Chequers und Hubertusstock / Von W.N.Ewer

Wir erhalten soeben von dem Auslandsredakteur des „Daily Herald“, Ewer, folgenden Aufsatz zu dem geplanten Besuch des englischen Ministerpräsidenten, Genossen Macdonald, und des englischen Außenministers, Genossen Henderson, in Berlin. Wenn auch durch die überstürzte Entwicklung der kapitalistischen Krise der Besuch in Hubertusstock im Augenblick aufgehoben ist, so behalten die grundsätzlichen Ausführungen über die deutsch-englische Freundschaft des Zusammenarbeitens dennoch diesen Wert.

Macdonald und Henderson kommen in dem Augenblick der Krise nach Deutschland. Aber es ist festgestellt, daß sie nicht wegen der Krise kommen. Der Besuch in Hubertusstock ist der Gegenbesuch für Chequers. Als die Einladung nach Chequers ausgegeben wurde, gab es noch keine Reparationskrise; damals glaubte man noch, daß Deutschland über seine Budgetschwierigkeiten hinwegkommen und der Etat ausgeglichen sein würde. Der heutige Besuch ist die Folge einer Tat, die unmittelbar nichts mit Finanzen, dem Young-Plan und der Reparation zu tun hat: die damalige Einladung nach Chequers war gedacht

als ein besonderer Beweis der Arbeiterregierung für ihre Freundschaft mit dem deutschen Volke.

Eigentlich hätte gar keine Notwendigkeit für eine solche Geste bestehen sollen, denn Hendersons Haltung und Handlungen waren Beweis genug für diese Freundschaft schon seit Beginn seiner Tätigkeit als Außenminister. Die Arbeiterregierung von 1929 machte es

Der allgemeine Friede und die Wohlfahrt Europas (einschließlich Rußland) ist im höchsten Grade ein britisches Interesse. Die Unterstützung irgendeines Staates oder einer Staatengruppe gegen irgendeinen anderen Staat oder eine Staatengruppe ist unseren Interessen absolut entgegengesetzt. Vielleicht gerade deswegen, weil wir — wie Coudenhove-Kalergi — nur „Halbeuropäer“ sind, ist es für uns leichter, wirklich „gute Europäer“ zu sein.

„Britische Heuchelei!“ höre ich einen kritischen Leser sagen. „Hat nicht Henderson gerade in diesen letzten Tagen Frankreich in seinen Forderungen erst die Aufgabe des Schiffschiffprogramms, erst Aufgabe der Zollunion stark unterstützt?“

Die Antwort darauf lautet, daß er nichts dergleichen getan hat. Erinnert euch gefälligst, daß wir mit Paris so sehr wie mit Berlin gesprochen haben. Erinnert euch, daß wir auf das schärfste jede politischen Bedingungen mißbilligt haben, die als Preis für die Zustimmung zu dem Hoover-Plan oder zur Freundschaft für finanzielle Hilfe gefordert werden sollten.

„Aber trotzdem habt ihr uns aufgefordert, die Zollunion und den Panzerschiffbau zurückzustellen!“

Sicherlich, und warum? Wir stellen — wenn der Haager Gerichtshof die Rechtsfrage entsprechend entscheidet — Deutschlands Recht nicht in Frage, eine Zollunion mit Desterreich abzuschließen. Wir stellen Deutschlands Recht, sein Geschwader von Taschenschiffen zu bauen, nicht in Frage. Aber wir bezweifeln die Zweckmäßigkeit, beides im gegenwärtigen Augenblick anzuführen. Entweder in seinem eigenen Interesse oder im allgemeinen Interesse Europas. Und wir sind uns bewußt, daß wir mit

Freunde Deutschland ermahnt haben, diese beiden Fragen von neuem zu überlegen und sie aus freien Stücken und aus eigener Initiative zu vertragen und dadurch zu der Überwindung der europäischen Schwierigkeiten beizutragen.

Wir haben diesen Rat gegeben, schon bevor Verhandlungen über den Hoover-Plan oder eine Anleihe, bevor irgendwelche französische Forderungen entstanden. Wir rieten dazu, weil das uns der rechte, einem Freund zu gebende Rat erschien.

Daß die britische Regierung derartig freimütig mit der deutschen Regierung gesprochen hat, ist keine Erklärung der Begrenztheit. Vielmehr ist das eine Erklärung der Freundschaft.

Freimut ist nicht nur eine der Vorrechte, sondern ist eins der wesentlichen Merkmale einer wirklichen Freundschaft zwischen Gleichen. Der andere hat sich nicht durch freimütige Offenheit beleidigt zu fühlen oder Motive zu verdächtigen.

Wenn die Freundschaft von Chequers und Hubertusstock auf beiden Seiten eine wirkliche Bedeutung hat, so soll es die einer wirklichen Freundschaft sein.

In der wir freimütig und ohne Furcht vor Mißverständnis uns aussprechen, in der wir mit Verständnis und ohne Mißtrauen uns gegenseitig anhören können.

Wir haben unsere Freundschaft erklärt. Also gut, handeln wir wie Freunde, die weder die Ehrlichkeit des andern in Frage stellen, noch die Motive des andern eifersüchtig bezweifeln. Sonst werden wir uns gegenseitig ins Unglück bringen.

Deutsch-französische Jugend

Mehr Proletariender für den Schüleraustausch

Wer die Anstrengungen und Methoden sieht, mit denen nationalistische Kreise in Deutschland gegen eine kulturelle und politische Verständigung mit Frankreich hegen und die Erfolge bemerkt, die diese gewissenlosen Freibeuter bei der unaufgeklärten Masse haben, der möchte manchmal meinen, daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit nie mehr durchdringen wird. Der haarsträubendste Unsinn über unser Nachbarland wird systematisch verbreitet und geglaubt. Dummheit und Heuchelei wollen daran hindern, sich mit einem so eigenartigen und lebendigen Land wie Frankreich es ist, und einer so lebenswürdigen und klugen Bevölkerung, wie sie die Franzosen darstellen, zu beschäftigen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß auf der anderen Seite im Lager der französischen Nationalisten das gleiche getan wird, um eine Annäherung an Deutschland, auch kulturell, zu verhindern. In diesen Köpfen auf beiden Seiten spult auch noch der künstlich genährte Haß und die widerlich aufgetriebene Abneigung herum, die während des Krieges gezüchtet wurde. Wie blind dieser Haß zuweilen sein kann, zeigt z. B. eine kürzlich in der „Deutschen Corps-Zeitung“ erschienene Anzeige, in der das frühere Mitglied eines Senener Corps die Geburt seines siebenten Kindes und vierten Sohnes bekannt gibt. Er versteht diese Anzeige mit dem seitgedruckten Satz: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“ Abgesehen von der Rohheit, mit der der Vater von sieben Kindern durch diese Bemerkung einen eben geborenen Säugling dazu bestimmt, später Kanonenfutter zu sein, ist man über den Horizont und den geistigen Zustand dieses Akademikers nur fassungslos. Leider kann man sich nicht damit trösten, daß hier eigentlich der Kern der Funktion treuen müßte, denn so wie er, denkt die große Masse seiner Gesinnungsgenossen ebenfalls und sie bilden damit eine Gefahr für Deutschland.

Mit solchen Gelfenstern aufzuräumen, ist die Jugend beider Länder in erster Linie berufen. Nicht die, die sich an Sonntagen den Affen auf den Budel schnallt, um sich unter der Dressur ewiger Feldmehel für einen künftigen Gast im Schützengraben vorzubereiten, sondern die, die den brennenden Wunsch hat, ihr Wissen um die Existenz eines fremden Volkes zu vergrößern und den abgestandenen Begriff vom Erbfeind in persönlicher Fühlungnahme mit den Angehörigen dieses „feindlichen“ Landes auszuradieren. Daß es bei solchen Versuchen nicht an wüsten Beschimpfungen und

Verdächtigungen der Herrschaften von rechts fehlt, ist nur zu selbstverständlich. Wenn dagegen ein deutscher und ein englischer Admiral, die im Krieg ihre Kanonen einmal gegeneinander gerichtet haben, sich in der Öffentlichkeit wieder um den Hals fallen, ist diese selbe Presse, die den Veröhnungswillen der Jugend begeistert, des Lobes voll. Sie ist nämlich der Ansicht, daß man sich erst einmal geprügelt haben muß, ehe man sich vertragen darf.

Die Mittel, die in beiden Ländern zur Verfügung stehen, um Schülern, Studenten und Lehrern in den großen Ferien eine Reise zum Nachbarn zu ermöglichen, sind leider sehr beschränkt. Trotzdem machten sich auch in diesem Jahre Jugendabordnungen der beiden Völker wieder auf den Weg. So trafen in diesen Tagen 70 französische Gymnasiasten und Gymnasiastinnen in Berlin ein, die unter dem Protektorat der Berliner Schülerversammlung stehenden deutsch-französischen Ferienkolonien in Hermsdorf und in Hohen-Lochen besuchen werden. Sie sehen nur den deutsch-französischen Schüleraustausch fort, der schon seit einigen Jahren von der deutschen Zentralstelle in Heidelberg organisiert wird. Im übrigen sind dieselben Versuche mit Erfolg auch zwischen Deutschland und England gemacht worden; so befinden sich im Augenblick deutsche Schüler in London, um Land und Leute Großbritanniens kennenzulernen. Der beiderseitige Schüleraustausch hat leider einen großen Fehler, und das ist die durch die Verhältnisse bestehende Benachteiligung von Schülern aus bemittelten Familien, die sich naturgemäß eher eine Ferienreise in diesem Umfang erlauben können, als Schüler, die aus dem Proletariat stammen. So ist festgestellt worden, daß die weitaus größte Gruppe unter den deutschen Austauschschülern die Kinder von selbstständig in Handel und Industrie tätigen Vätern darstellen. Ungefähr in gleicher Anzahl sind die Kinder von Beamten, Lehrern und Privatangestellten vertreten. Am zurückhaltendsten verhalten sich diesem Schüleraustausch gegenüber die landwirtschaftlichen Kreise. Diesem Mangel suchen die Arbeiterorganisationen, so gut es geht, durch die Veranstaltung von Auslandsreisen abzuwehren. Wünschenswert wäre, wenn die zuständigen staatlichen Stellen in noch größerem Umfang als bisher Mittel flüssig machen könnten, um den Austausch auch minderbemittelten Schülern zu ermöglichen. Dieser Wunsch wird allerdings gerade jetzt in der Zeit der Etat-Kürzungen schwer erfüllbar sein.



Hendersons Ankunft in Paris

zu ihrer ersten Aufgabe, das Werk der Arbeiterregierung von 1924 fortzusetzen: die Beseitigung der schlimmsten Erbschaften des Krieges. Haben die deutschen Nationalisten, die heute über eine französisch-britische Allianz gegen Deutschland toben, vergessen, daß 1924 die Franzosen an der Ruhr waren und daß sie 1929 noch im Rheinland waren? Es war die

erste außenpolitische Leistung der Arbeiterregierung, sie da herauszubekommen.

der Provokation der militärischen Besetzung ein Ende zu machen und die Beziehungen zwischen Berlin und Paris zu entspannen.

1924 erreichte Macdonald die Räumung des Ruhrgebietes, 1930 erreichte Henderson die Räumung des Rheinlandes.

Ihre Freundschaft für Deutschland kann von keinem vernünftigen Menschen in Frage gestellt werden, der sich an diese beiden Jahre erinnert. Dennoch war es wichtig, trotz der Lorbeeren mancher Politiker, die Welt daran zu erinnern, daß England heute gegenüber Deutschland keine Spur weniger freundlich ist als vorher. Keine Spur weniger herzlich als gegenüber Frankreich oder Amerika oder gegenüber einem anderen Staat. Es war wieder wichtig, die vollkommene Gleichheit der Beziehungen,

die vollkommene Gleichstellung, die Deutschland jetzt nunmehr in englischen Augen hat, nach außen hin zu unterstreichen

und zu betonen: Die vollständige Überwindung der alten Vorurteile und der alten Abneigung, die in den Kriegsjahren entstanden waren. Das war das wichtige, was der Welt klarzumachen war. Es wurde ihr klargemacht durch die Einladung nach Chequers, und es wird ihr zum zweitenmal klargemacht durch den Besuch nach Hubertusstock.

Es darf kein Mißverständnis über den Sinn dieses Besuches geben.

Er bedeutet, daß es keinen anglofranzösischen Block gegen Deutschland gibt.

Ebenso wenig bedeutet er, daß es einen anglodeutschen Block gegen Frankreich gibt.

Er bedeutet ebensowenig, daß ein westlicher Block gegen die Sowjetunion in Frage kommt.

Richt nur ist die Arbeiterregierung auf das entschiedenste Gegnerin solcher Intrigen. Das ganze Gewicht der Liberalen und Arbeitermeinung in England (dazu ein großer Teil der konservativen öffentlichen Meinung) ist kontinentalen Kombinationen, Vereinbarungen gegen irgend jemand anders, ist jeder Bündnis- oder Ententepolitik auf das schärfste entgegengesetzt.

Das entlarvte Medium.

Eine der raffiniertesten Betrügereien in der an Schwindeltaten so reichen Geschichte des Spiritismus ist von einem Londoner Medium durchgeführt worden, das durch die Mitarbeiter des Laboratoriums für psychische Forschung entlarvt wurde. Die Mitglieder des Londoner Spiritistenbundes sind lange Zeit durch die Künste einer Frau getäuscht worden, die mit ihrem Gatten im Herbst vorigen Jahres nach London kam, um ihre medialen Eigenschaften der Vereinerung zur Verfügung zu stellen. Nicht weniger als 45 Sitzungen wurden mit einem Kostenaufwand von vielen tausend Mark vom November bis zum März dieses Jahres veranstaltet, und zwar leistete das Medium besonders Großartiges in der Erzeugung von „Teleplasma“, jenem geheimnisvollen Stoffe, der von Medien im Trancezustand hervorgebracht wird und sich zu menschlichen Gliedern, ja ganzen Körpern formt.

Die Tatsache, daß die Sitzungen bei vollem Licht veranstaltet wurden, trug noch zu dem großen Ruf des Mediums bei. Nach langem Drängen erreichte das Laboratorium für psychische Forschung die Erlaubnis, eine Anzahl wissenschaftlicher Versuche mit dem Medium vorzunehmen. Nach einer genauen äußeren Prüfung des Körpers und der Kleider fand die Sitzung statt, der mehrere hervorragende Psychologen beimohnten. Einige der Anwesenden durften das Medium auf dem Stuhl, auf dem es saß, festbinden und das von ihr erzeugte Teleplasma berühren. Dieses trat vielfach und in verschiedenen Gestalten hervor. Bald fiel es in langen Bändern aus dem Munde und den Nasenlöchern des Mediums, bald ringelte es sich auf dem Boden und schlang sich um den Stuhl und hüllte auch das Medium ein. Zum Schluß verschwand es wieder. Die Aufnahmen, die in verschiedenen Sitzungen gemacht wurden, erregten aber Verdacht über die „übernatürliche“ Herkunft des Teleplasmas.

Eine Untersuchung ergab, daß es zum Teil aus Holzwohle und Gips zusammengesetzt war; andere Teile wurden nach den Photographien als Gummihandschuh und Käseleppen erkannt. Eine

Röntgenuntersuchung des Mediums brachte die Lösung des Rätsels. Es ergab sich, daß die Frau über eine ungewöhnlich bewegliche Gurgel verfügte und eine Fähigkeit des Einschließens und Wiederabgebens von Gegenständen besaß, wie sie sich kaum einmal unter Millionen Fällen findet. Die Stoffe, darunter auch die Käseleppen, waren von ihr vor der Sitzung verschluckt worden, wurden dann als Teleplasma wieder herausgebracht und verschwanden auf dem Wege, auf dem sie gekommen. Man wollte noch weitere Sitzungen mit dem Medium vornehmen, aber dieses gab seine Sache verloren und verschwand plötzlich mit ihrem Manne.

Prof. v. Bortkiewicz, der Vertreter mathematischer Statistik und theoretischer Nationalökonomie an der Berliner Universität, ist gestorben. Er war 1868 in Petersburg geboren und ist seit 1901 in Berlin tätig. Von seinen Schriften sind die über „Die mittlere Lebensdauer“, „Das Gesetz der kleinen Zahlen“ zu nennen.

Der Schuhrat deutscher Schriftsteller ist, wie wir hören, beim Finanzminister vorstellig geworden, daß Schriftstellerhonorare den Gehalts- und Lohnforderungen im Sinne der letzten Rotverordnung gleichgestellt werden.

Die russische Orthographie wird reformiert. Nachdem die erste weitgehende Vereinfachung der russischen Rechtschreibung bereits im Jahre 1917 durchgeführt worden ist, ist jetzt eine neue Form der russischen Orthographie, Interpunktion und Rechtschreibung der Fremdwörter ausgearbeitet worden, deren Hauptprinzip die Annäherung der Schriftsprache an die mündliche Sprache ist. An Stelle der bis jetzt vorhandenen zwei verschiedenen „e“ wird nunmehr eins geschrieben werden. Ein neuer Buchstabe, das „j“, wird in das Alphabet eingeführt, was eine Annäherung an die lateinische Orthographie bedeutet. Daneben werden gewisse eigentümliche Fälle völligen Auseinandergehens von Orthographie und Aussprache beseitigt.

Die Berliner Delegationen H., die u. a. Werke von Greco, Rogier van der Weyden, Rubens, Daumier, Renoir, Cézanne, Munch sowie hervorragende moderne Plastik enthält, wird, bevor sie nach Lugano zur Versteigerung geht, zur Verbeschäftigung vom 20. bis 25. Juli bei Paul Cassirer, Viktorplatz 35, ausgestellt.

Gewerkschaften auf der Bauausstellung

Sie zeigen, was sie geleistet haben

Über dem Baugewerksbund, von dessen Darstellungen berichtet, sind noch verschiedene andere freigewerkschaftliche Verbände vertreten. So der Bund technischer Angestellten gibt einen Einblick in seine Organisation. Er gewährt seinen Mitgliedern Rechtsschutz, Krankenunterstützung und Rathilfe. Vor allem zeigt er, was er durch Abschluß der Tarifverträge erreicht hat. Die Gehaltsentwicklung, von der ebenfalls berichtet wird, ist ein guter Erfolg des Bundes. 1923 wurden in Gruppe I Gehälter von 90,68 Mark gezahlt, in Gruppe IV: 221,75. Im Jahre 1930 hatte der Bund erreicht, daß in Gruppe I: 145,58 und in Gruppe IV: 430,40 Mark an Gehältern gezahlt werden mußten. In 10 000 Prozessen erstritt der Bund 5 Millionen Mark an Gehaltsnachzahlungen und 500 Zeugnisse. Die Literatur des Bundes ist vorzügliches geistiges Rüstzeug.

Der Deutsche Werkmeisterverband ist mit einem Modell seines Verbandshauses in Düsseldorf vertreten. Er verfügt heute über 1644 Ortsvereine mit 129 000 Mitgliedern. Im Jahre 1900 waren es 635 Ortsvereine mit 37 000 Mitgliedern. An Unterstützungen aller Art zahlte der Werkmeisterverband im Jahre 1930: 3,7 Millionen Mark. An gewerkschaftlichen Selbsthilfe-Einrichtungen zählt der Verband auf: Stellenlosen, Streik-, Gemahregelten- und Invalidenunterstützungen, er gewährt Rechtsschutz und Rechtshilfe, er hat einen Stellennachweis, Erholungsheime, verschiedene Versicherungseinrichtungen und das Verbandsorgan, das zwischen den Mitgliedern das geistige Bindeglied darstellt.

Die Gruppe Grob-Keramik im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands berichtet in besonders künstlerischer Weise über ihr Werden. Eindringende Bilder zeigen die Anfänge des Kampfes: „Warum gibt es für uns keine Erholung, müssen wir denn immer nur arbeiten?“ Jetzt können die organisierten Arbeiter, die teilweise Erfolge errungen haben, schon sagen: „Siehste, Mutter, so sorgt der Verband für uns, jetzt haben wir auch Urlaub!“ Und frei und froh zieht der Arbeiter hinaus ins Weite! Mit der Arbeitsvermittlung stand es früher so, daß es zum Beispiel für die Ziegler einen sogenannten „Lippischen Fleischmarkt“ gab. Da wurde Arbeit nach Willkür und bei niedrigstem Lohn vergeben. Vor 1910 gab es unbegrenzte Arbeitszeit. Von Sonnenaufgang bis Sonnen-

untergang. Erst die Kraft des Verbandes hat Änderungen herbeigeführt: Es wurde die begrenzte Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden eingeführt. Heute 1930, gibt es den Achtstundentag, früher gab es keinen Tarif, die Willkür des Lohnhütters herrschte. Für 184 000 Grobkeramiker gibt es heute 882 Lohnsätze. In der Ziegelindustrie zahlte man 1910 einen Tagelohn von 1,85 Mark, 1930 müssen 5,96 Mark gezahlt werden; in der Zementindustrie war der Satz 2,32 Mark, heute ist er 5,95 Mark täglich. Im Jahre 1900 hatte die Abteilung der Grobkeramik des deutschen Fabrikarbeiter-Verbandes 4000 Mitglieder, heute zählt sie 95 000 Mitglieder. Insgesamt zahlte der Verband fast 11 Millionen Mark Unterstützungen aller Art.

Volksfürsorge und Arbeiterbank

zeigen im Rahmen der Ausstellung übrigens auch, was sie finanziell leisten, um den Kleinwohnungsbau zu fördern. Beide Institute stellen sich getreu ihrer Aufgaben und Ziele zur Verfügung, wenn es gilt, die soziale Tat praktisch zu vollziehen. Aus Mitteln der Volksfürsorge wurden zur Finanzierung des Wohnungsbaues 40 Millionen Mark Kredite zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiterbank stellte durch ihr Tochterunternehmen, Hannoverische Kreditbank, allein im ersten Vierteljahr 1931 fast fünf Millionen Mark für Hypotheken zur Verfügung. Die Entwicklung der Arbeiterbank zeigt die Ausstellung wie folgt: 1924 betrug ihre Einlagen 9,4 Millionen Mark, 1930 betrug sie 168 Millionen! Es ist eine einzigartige Entwicklung. Ihre Kredite, die die Arbeiterbank 1929 gab, verteilten sich mit 56,60 Prozent auf öffentliche Verwaltungen, 30,33 Prozent auf Arbeiterbetriebe und 4,07 Prozent auf Sonstige. 1930: 39,26 Prozent öffentliche Verwaltungen, 55,76 Prozent auf Arbeiterbetriebe und 4,98 Prozent auf Sonstige.

Alles in allem zeigen auch diese Abteilungen der Ausstellung ein sehr befriedigendes Bild. Im Rahmen der ganzen Ausstellung sind die Gewerkschaften und ihre Betriebe würdig vertreten. Vor allem dürfen wir alle stolz sein — gerade in dieser schweren Zeit! — daß zahllose Betriebe und Dinge da sind, die beweisen, daß die Idee, die sozialistische Idee, die Idee der Gemeinschaft, getragen von den freien Gewerkschaften, lebt!

feiertagen betroffenen Geldinstituten, jedoch nur insgesamt bis zur Höhe der Hälfte des Guthabens des Auftraggebers und höchstens bis insgesamt 10 000 Mark und nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Bankfeiertagen betroffenen Institut.

Provozierende Gemütsroheit.

Was sich ein Gemeindevorsteher leistet.

In einer im Preussischen Landtag eingebrachten Kleinen Anfrage hatte der Abg. Eberle (Soz.) folgenden erhörten Fall mitgeteilt: In Rachenau in Schlesien verstarb vor kurzem durch einen Unglücksfall das Gemeindevorstandsmitglied D. Heinrich. Die Ehefrau, die in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, bat beim Gemeindevorsteher um eine Beihilfe zu den Bestattungskosten. Der Gemeindevorsteher Beißwenger soll die Antragstellerin mit folgenden Worten abgefertigt haben: „Verlassen Sie doch die Leiche an das anatomische Institut nach Breslau, dann bekommen Sie ja Geld dafür.“ Der Fragesteller bezeichnete diese Bemerkung als so gefühlos, daß sie scharf zurückgewiesen werden mußte.

Das Staatsministerium wurde gefragt, was es gegen den Gemeindevorsteher zu veranlassen gedenke. — Der Preussische Innenminister hat jetzt folgende Antwort erteilt.

Der Gemeindevorsteher in Rachenau hat zugegeben, eine Aeußerung getan zu haben, die sich von der in der Anfrage geschilderten nur unwesentlich unterscheidet. Er habe aber auf Grund der ganz besonderen Umstände des in der Anfrage behandelten Todesfalles geglaubt, daß seine Bemerkung keine Beleidigung der Gefühle der Angehörigen des Verstorbenen hervorrufen werde. Auch unter Berücksichtigung dieser Entschuldigungsgründe mißbilligt ich das Verhalten des Gemeindevorstehers durchaus. Ihm wird durch den zuständigen Landrat das Erforderliche eröffnet werden.

Blutspur des Hakenkreuzes.

Heimtückischer Feuerüberfall auf Arbeiterfänger.

Braunschweig, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Einem heimtückischen Ueberfall auf Arbeiterfänger und -fängerinnen verübten am Mittwochabend Parteifreunde des Polizeiministers Franzen in Seesen. Sie lauerten den ahnungslos Heimkehrenden auf und beschossen sie. Ein Parteigenosse erhielt einen Leberstich und mußte, mit dem Tode ringend, dem Krankenhaus zugeführt werden. Ein Jungarbeiter erhielt eine schwere Kopfverletzung. Die feige Blutspur der Nazis hat unter der Arbeiterschaft erneut größte Empörung ausgelöst.

Staatskommissare für Kommunen.

Vier Kommissare für Braunschweig bestellt.

Braunschweig, 16. Juli.

Die Gemeindefammer des Landes Braunschweig beschloß, den Anträgen der Kreisdirektion auf Bestellung von Staatskommissaren in den Städten Schöningen, Gandersheim, Königslutter und Helmstedt stattzugeben. Die betreffenden Stadtverordnetenversammlungen hatten teils im Wiederholungsfall die zum Haushaltsausgleich notwendigen Steuererhöhungen abgelehnt. Am tatortspätesten ist die Finanzlage der Stadt Schöningen. Der ungedeckte Fehlbetrag beträgt 163 678 Mark. In Gandersheim betragen die Schulden 86 200, in Helmstedt 41 325 und in Königslutter 4732 Mark. Die Gemeindefammer hat den Anträgen auf Bestellung von Staatskommissaren in allen Fällen zugestimmt.

Kursabkommen für Ferienreisende.

Zwischen der Deutschen Reichsbank und der Oesterreichischen Nationalbank ist ein Abkommen zustande gekommen, das die in Oesterreich reisenden reichsdeutschen Sommergäste vor Schädigungen infolge Kurschwankungen der Mark bewahren soll. Die Oesterreichische Nationalbank verpflichtet sich, in ihren Einwechselungstellen die Mark zu einem festen Kurse zu übernehmen, und die gleichen Kurse für die an sie weitergegebenen Markbeträge Schilling zurückzuzahlen.

Eine gleiche Abmachung hat die Reichsbank auch mit den dänischen Banken getroffen.

Gefährliches Hackfleisch.

14 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Köln, 16. Juli.

In Brühl bei Köln erkrankten am Mittwoch nach dem Genuß von Hackfleisch 14 Personen. Die Polizei läßt das in dem Lokal übriggebliebene Fleisch bakteriologisch untersuchen. Alle Erkrankten sind dem Krankenhaus zugeführt worden.

Todesprung aus dem Treppfenster.

Im Hause Martin-Luther-Straße 95 spielte sich heute früh eine Schreckensszene ab. Aus dem Treppfenster des vierten Stockwerkes stürzte sich die 51jährige Witwe Hedwig Alexander auf den Hof hinab, wo sie mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Wirtschaftliche Not soll das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt sein.

Ungarische Dzeanflieger unterwegs.

New York, 16. Juli.

Die beiden ungarischen Flieger Endresz und Waggay sind am Mittwoch nachmittag mit ihrem Flugzeug „Berechtigung für Ungarn“ von Harbour Grace aus zu ihrem Transatlantikflug nach Budapest aufgestiegen. Die Flugbedingungen über den Dzean sind nach den Berichten der amerikanischen Wetterwarte nicht sehr günstig, da Nebelwolken fast über der ganzen Flugstrecke liegen. Die Flieger hoffen, Budapest in 26 Stunden erreichen zu können und den von Lord Rothermere ausgelegten Preis von 2000 Pfund für den Flug New York—Budapest zu gewinnen.

Sozialismus in Aegypten.

Großer Zuwachs der Arbeiterpartei.

London, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Die von dem Ex-Prinzen Abbas Halim gegründete Aegyptische Arbeiterpartei hat trotz der Kürze ihres Bestehens einen unerwartet großen Zulauf und zählt bereits mehr als 40 000 Mitglieder.

Die Führer der jungen Partei bemühen sich eifrig um die Anknüpfung von Beziehungen zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale sowie um das Zustandekommen der Aegyptenreise einer offiziellen Delegation der British Labour Party zum Studium der ägyptischen Arbeiterverhältnisse an Ort und Stelle. In London wird die Entwicklung der Bewegung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und man mißt dem Auftauchen eines sozialistisch orientierten Parteigebildes für die künftige Entwicklung der anglo-ägyptischen Beziehungen auf der Grundlage internationaler sozialistischer Solidarität außerordentliche Bedeutung bei.

Die Auseinandersetzungen in der Wirtschaftspartei. Von der Wirtschaftspartei wird mitgeteilt: „Die in der Deffentlichkeit verbreiteten Meldungen, nach welchen der Wahlkreis Hellen-Rassau aus der Wirtschaftspartei ausgetreten ist, entsprechen nicht den Tatsachen.“

Wetter für Berlin: Westwind bewölkt und noch einzelne Schauer, ziemlich kühl bei mäßigen Westwinden. Für Deutschland: Im Süden und Südwesten Deutschlands meist trocken, zeitweise heiter und ziemlich warm, im übrigen Reich noch kühl und veränderlich mit einzelnen Schauern.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Deppe, Berlin; Anzeigen: E. G. Gode, Berlin. Verlag: Hermanns Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stern 1 Belling.

Das pommerische Panama.

Ergebnis der Besichtigung der Sundischen Wiese.

Stralsund, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Die Teilnehmer der Besichtigungsreise nach der Sundischen Wiese durch den Siedlungsausschuß des Preussischen Landtags kehrten im Laufe des Nachmittags nach Stralsund zurück. Der Ausschuß hatte insbesondere die Frage zu klären, ob weitere erhebliche Staatsmittel für die Siedlung zur Verfügung gestellt werden sollen. Man kam zu der Ansicht, daß die Ansiedlung weiterer Landwirte unterbleiben muß. Allgemein wurde festgestellt, daß die Gesamtbelastung trotz der Größe der Besichtigungen und der den Siedlern zugesprochenen Staatsunterstützungen verhältnismäßig hoch ist, weil der dritte Teil der Ländereien als Ackerland, Wiese oder Weide in absehbarer Zeit nicht verwendbar ist. Die Frage, wofür die Mittel der Reuland A. G. verwendet werden sind — angeblich 2 Millionen Mark — wird erst bei späteren Verhandlungen im Landtag geklärt werden können. Die Mitglieder des Ausschusses konnten bei der Augenscheinnahme der Objekte keine wesentlichen Verbesserungen durch diese Mittel feststellen. Es wird nötig sein, die vorhandenen Entmässerungsmöglichkeiten zu verbessern. Im übrigen wird man sich darauf beschränken müssen, vom Staat aus auf die Siedlungsgesellschaft einzuwirken, daß die Gesamtrente der Siedler eine gewisse Senkung erfährt, so daß es ihnen möglich ist, ihre Betriebe leistungsfähig zu erhalten. Von besonderer Wichtigkeit war auch die Frage der Beschaffung des Trinkwassers. Es mußte festgestellt werden, daß das vorhandene Trinkwasser nicht als vollständig einwandfrei bezeichnet werden kann, so daß eine Unterbringung von Badegästen bei den Siedlern zunächst ausgeschlossen ist. Der Siedlungsausschuß war sich darüber klar, daß, soweit die einzelnen Siedlungen nicht vergehen sind, diese nicht mehr vergeben werden sollen. Siedler, die anderswo angehebelt werden wollen, werden diese Möglichkeit in weitgehendem Maße erhalten.

Scheckproteste bei der Danat.

Eine Erklärung der Bank.

Die Darmstädter- und Nationalbank teilt zur Vermeidung unnötiger Scheckproteste und der dadurch entstehenden Kosten mit, daß sie bei allen ihren Stellen angeordnet hat, daß den Vorlegern von Schecks auf Wunsch der Vermert „vorgelegt und nicht bezahlt“ erteilt werden soll. Die Bank weist ferner darauf hin, daß in einer für diese Nacht voraussichtlich zu erwartenden weiteren Durchführungsverordnung die Vorlegungsfrist für Schecks auf die Danatbank bis zum 6. August verlängert werden soll, so daß dann zur Erhaltung der Scheck-Regelrechte die Vorlegung vor diesem Tage nicht erforderlich sein würde.

Zweite Durchführungsverordnung.

Zur Durchführung der Verordnung über die Darmstädter- und Nationalbank wird auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 verordnet:

Artikel 1: Der Artikel 7 Satz 3 der Durchführungsverordnung über die Darmstädter- und Nationalbank vom 13. Juli 1931 erhält folgende Fassung: Satz 2 gilt entsprechend für die Ausübung oder Erhaltung des Regelrechts aus einem Scheck.

Artikel 2: Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1931 in Kraft.

Erleichterung für Ueberweisungen.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 wird verordnet:

§ 1.

Die Reichsbank, die Privatnotenbanken und die Deutsche Gold- und Silberrücklagebank unterliegen hinsichtlich des Zahlungsverkehrs und Ueberweisungsverkehrs keinen Beschränkungen.

§ 2.

Außer den in § 1 Abs. 3 der Verordnung über die Wieder-aufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 15. Juli 1931 für unbeschränkt zulässig erklärten Ueberweisungen sind Ueberweisungen zulässig zwischen den von den Bank-

Volksbühne
Theater am Börsenplatz.
8 1/2 Uhr
Der Mann des Schicksals
Die Komödie der Irrungen

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Täglich 8 1/2 Uhr
Otensl am Kunden
von Carl Rein und Max Hesse
Regie: Hans Deppe

Komische Oper
Friedrichstr. 104
8 1/2 Uhr
Frauen haben das gern...
Musikal. Schwaub von Arnold
Musik v. Walt. Kollo
Sommerpr. 8.30-7.00

Metropol-Theater
Täglich 8 1/4 Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Bohnen

Kurfürstendamm-Theater
dismarck 44-1
8 1/2 Uhr
Die schöne Helene
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

Reichshallen-Theater
Anfang 10 Uhr
Stettiner Sänger
vom 16. 7. bis 22. 7.
„Alles verrückt!“
Sommerpreise.

Berliner Uik-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 J

SCALA
Barbarossa 8256
Tgl. 8 u. 8 1/2 U.
H. u. H. Williams
Lee Gall-Ensemble
Dir. J. Whirlwinds
Bob Ripa
Celia Brandt etc.

Schwerhörige

Neue Modelle!!
hören sofort wieder mit dem ärztlich empfohlenen ORIGINAL-ANUSTIN-APPARAT mit neuestem Kleinstrohr! — Noch Besseres gibt es nicht! —
Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung
Berlin-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Hilfstr. 44, Ring, Grunewald, Reinholdsdorf-Str., Brunnenstr. 3
Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos! Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Blumenspenden
jeder Art sofort preiswert
Paul Golletz
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F 8, Oberbaum 1303

Winter-Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Raubchen erlight
Ballett Edwardova, 10 Brox, 4 Richys, Mary-Erik-Paul etc.

Der „geistige Mensch“ und das Heute

Versuch einer Richtungsgebung / Von Leo Friedmann

Die Epoche tiefster Umwälzungen, in der wir leben, findet in der kulturellen Ebene ihren sichtbarsten Ausdruck. Die Erkenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung, daß sich mit dem sozialen Sein auch der „kulturelle Ueberbau“ wandle, wird nicht nur dadurch gerechtfertigt, daß die Dinge und Institutionen, daß Kunst und Lebensformen ihr Gesicht grundlegend verändern; es ist im tiefsten der Mensch selbst, der, ohne daß es ihm recht zum vollen Bewußtsein kommt, diesem ungeheuren Wandel unterworfen ist.

Rehr oder weniger schmerzlich, je nach Empfindsamkeit und sozialpsychologischer Anlage, vollzieht sich dieser Wandlungsprozeß im Bewußtsein und Unterbewußtsein des einzelnen. Wenn wir hier vom „geistigen Menschen“ und dessen besonderer Beziehung zur Hochschule sprechen, so meinen wir zunächst jenes bürgerliche Einzelschicksal, dessen Besonderheit darin zu suchen ist, daß es sich ständig auf dem Wege zur Selbstbestimmung, zur Sinngebung des Lebens und seiner Mannigfaltigkeit befindet. Getragen von einer sich mit ruhiger Stetigkeit normwärts entwickelnden, selbstbewußten Klasse, erfüllt von dem Bildungs- und Kulturbedeal dieser Klasse, so stellte diese im wahrsten Sinne des Wortes edelste Schicht des deutschen Bürgertums den geistigen Mittelpunkt der Wertskala dar, die wir heute noch als „bürgerliche Kultur“ bezeichnen.

Die Entwicklung vor dem Kriege.

Schon Marx und Engels bezeichnen sich als die „Erben der klassischen deutschen Philosophie“. Es war im wesentlichen ein philosophischer Typus, der uns in der deutschen Geschichte gleichsam als ein besonderer, national begrenzter Menschenschlag aufbewahrt geblieben ist. Er war der Träger der modernen weltlich-bürgerlichen Hochschule. In der vermittelnden stofflichen Fülle des wissenschaftlichen Materials ging es darum, einheitliche Leitlinien aufzufinden, eine geistige Durchsicht durch die Einzeldisziplinen zu ermöglichen, gemeinsame Orientierungs- und Wertmaßstäbe festzustellen. Noch konnte das Bürgertum sich den Luxus großer Gesichtspunkte leisten, die alle gesellschaftliche Tätigkeit in eine Generalperspektive einzuordnen versuchten.

Doch immer waren auch die entgegengesetzten Energien in der Entwicklungsgeschichte des Bürgertums wirksam, deren Resultat auch die spezielle Begriffsbestimmung des „geistigen Menschen“ war; denn der geistige Mensch konnte naturgemäß nur als Gegensatz zu einem anderen Typus gedacht werden. Dieser Gegensatz trat in der Hochschule als Unterscheidung zwischen Geistes- und Naturwissenschaften auf. Ihm lag die allgemeine Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Arbeitsstellung zugrunde. Wie in der Produktion die entwickelte Trennung der Arbeitsfunktionen, so herrschte in der Wissenschaft die fachliche Differenzierung. Die „erhalten“ Naturwissenschaften beschäftigten sich mit den realen Erfordernissen des materiellen Gesellschaftsprozesses und die Geisteswissenschaften mit der Deutung und geistigen Durchdringung der bürgerlichen Gesellschaft. Aber diese beiden Elemente des akademischen Lebens konnten nebeneinander existieren und sich sogar zeitweise ergänzen, weil sie den einenden Prinzipien der humanistischen Bildung und Weltanschauung unterstanden.

Erst der sozial entwickelte Liberalismus, der alle kulturellen Traditionen abhewor, ging dem geistigen Gleichgewichtverhältnis im Bildungssystem und seinem Exponenten, dem „geistigen Menschen“, an den Kraken. In dem Zweifrontenkampf mit staatslich-feudal-bürokratischer Bevormundung und der herausragenden Arbeiterbewegung wurde das Freiheitsprinzip des Liberalismus zur Widerspiegelung der chaotischen, plan- und richtungslosen „Freiheit“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. „Freiheit der Wissenschaft“, ursprünglich gedacht als Parole wider die feudale-meritale Monopolisierung der Bildung, wurde jetzt zur Befreiung der Forderung von jedem übergeordneten Gesichtspunkt. Abschaffung jeglicher geistigen Norm wurde angestrebt. Philosophie und Geisteswissenschaften wurden als Berufskategorien auf eine Insel zurückgedrängt.

Als Folge dieser Entwicklung mußte der Wert der Hochschule als Monopol geistiger Meinungsbildung in Frage gestellt werden. Nicht nur die erwachende Arbeiterklasse vollzog ihre geistige Entwicklung zur Selbstständigkeit außerhalb der Universität, von der sie ausgeschlossen war. Auch im Bürgertum tat sich eine Kluft auf zwischen akademischem und geistigem Leben, eine Kluft, die der Mechanisierung des Produktionsprozesses auf der einen und der Entfernung der Wissenschaft vom Leben auf der anderen Seite entsprach. Schon lange vorher war die Gegenüberstellung in der Ebene der künstlerischen Produktion zutage getreten. Deht gemannen allmählich die Spannungen zwischen „freier“, „akademischer“ Kunst einen aktuell zugespitzten Charakter. Eine Verbreiterung der Spannungsebene wurde durch die Jugendbewegung vollzogen, die ihre Rebellion gegen Elternhaus und Schule auf die Hochschule übertrug und eine neue Gesamtlebensorientierung außerhalb des Konventionalbildungssystems suchte.

Dem „mechanischen Zeitalter“ entgegen.

In der überreizten, mit Konfliktstoffen überladenen Atmosphäre der Vorkriegszeit wurde die geistige Auseinandersetzung von der lauten Offensiv des militanten Bürgertums überbort. Es war sehr bezeichnend, wie impulsiv die bürgerliche Jugend ihre geistigen Ausbildungstätten verließ, als der Krieg ihrer Aktivität ein Ventil öffnete. Schon wurde der Wissensstoff als Belastung empfunden, Bildung war nicht mehr Befreiung, sondern notwendiges Uebel. Diese Stimmungen haben sich nach dem Kriege fortgesetzt, aber sie haben auch eine qualitative Bewußtseinsunterlage erhalten, als das „mechanische Zeitalter“ als neuer gesellschaftlicher und psychologischer Begriff eingeführt wurde.

Das mechanische Zeitalter ist zunächst wohl nichts anderes als ein Sammelname für die Durchdringung und Technisierung des gesellschaftlichen Lebensprozesses. „Wie der Mensch“, heißt es im „Kapital von Marx“, „in der Religion vom Nachwerk seines eigenen Kopfes, so wird er in der kapitalistischen Produktion vom Nachwerk seiner eigenen Hand beherrscht“. Von dieser Automatisierung der Arbeit wird doch aber nur der Arbeiter betroffen, wie kommt es, daß ihre negative Wirkung auch so stark in das Bewußtsein breiter bürgerlicher Schichten getreten ist? Ja, es ist geradezu das Bürgertum, welches so heftig der rational-technischen Gestaltung seines Lebens widerstrebt.

Die Grundtendenz der kapitalistischen Rationalisierung geht dahin, alle Lebensbereiche dem Produktionsprozeß anzupassen, dem Profittreiben zu unterstellen. Sozial bedeutet dies für die Lebens-

gestaltung eine Technisierung ohne Beziehung zu einem geistigen „Sinn“. So ist die amerikanische Universität durchschnittlich derart organisiert, daß sie direkt von den Erfordernissen des Produktionsprozesses aus funktioniert und die Funktionäre für ihn ausbildet. Tatsächlich kann die Universität vom entwickelten kapitalistischen Standpunkt auch nichts anderes sein. Die geistigen Substanzen sind aufgelockert, die Meinungs- und Wissensbildung vollzieht sich im sozialen Kampf — die Hochschule muß immer entschiedener in die Rolle einer technischen Ausbildungsanstalt für die Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionäre hineingedrängt werden.

Während das Proletariat auf Grund seiner Klassenlage zu erkennen vermag, daß hinter Technisierung und Rationalisierung ein ökonomisches System steht, daß nicht die Technik an sich bekämpfungswert ist, sondern nur die kapitalistische Form ihrer Anwendung — so muß das Gros des Bürgertums der Täuschung erliegen, daß es die Rationalisierung als solche sei, die seine gesellschaftliche Stellung herabmindere. Denn das Bürgertum ist nicht nur materiell durch Inflation, Riederkonkurrierung usw. der Rationalisierung zum Opfer gefallen; fast schwerer noch wiegt die Liquidierung des kulturellen Bestandes, der Einbruch in das Bildungsmonopol und in die Bürokratie, soziale und seelische Unsicherheit laufen miteinander parallel.

In dieser Zeit schonungsloser Wertvernichtung im Spätkapitalismus befindet sich das Bürgertum erneut auf seine „kulturelle Mission“. Man sucht ein Bezugssystem, das dem Leben Sinn und Halt geben soll. Die Funktion des geistigen Menschen von ebendem erscheint in einer neuen kollektiven Ausformung. Aber aus seiner gesellschaftlichen Lage vermag das Bürgertum kein ihm angepaßtes fortschrittliches System mehr zu finden. Es greift deshalb zum Faschismus oder — zum Faschismus. Die nationalsozialistische Verfeuchung unserer Hochschulen ist ein deutliches Symptom dafür, das aber auch das geistige Niveau dieser letzten

großen Renaissancebewegung des deutschen Bürgertums kennzeichnet. Nicht aus geistiger Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Material, nicht aus einer wirklichen Durchdringung des Stoffkomplexes heraus kommt man zu den großen Vereinfachungen des Faschismus. Rein! Die Vereinfachung ist willkürlich, ungeistig, der „geistige“ Faschismus ist ein geistloser Lobhuchsanfall engstirniger, enttäuschter, gesellschaftlich hoffnungsloser Armeen junger Spießer.

Das Ziel neuer Sinnggebung.

Die Universität aber kann heute nicht mehr die auseinanderstrebenden Kräfte auffangen und sie in eine große geistige Einheit einmünden lassen, ja, sie vermag es nicht einmal, einige übergeordnete Prinzipien herauszustellen. Der Klassenkampf ist in seiner politischen Gestalt in die Hochschule eingezogen. Wir Sozialisten haben keine Ursache, diesen Prozeß, soweit er von einem geistigen Radikalismus getragen ist, zu bedauern. Dem bürgerlichen Rahmen der Hochschule konnten wir uns nicht einordnen. Heute aber benutzen wir die Hochschule als technisches Mittel zur Aneignung der Kenntnisse, die für den Aufbau einer neuen Gesellschaft und für unsere sozialistische Funktion in dieser Gesellschaft notwendig sind. Alles kommt darauf an, daß unser Einfluß in der Hochschule unterbaut ist von den geistigen Elementen, die außerhalb der Hochschule, in der lebendigen sozialistischen Arbeiterbewegung, erzeugt werden. Diese Kraftquelle muß die sozialistischen Studierenden — und hier besonders die Arbeiterstudenten — davon bewahren, in der technischen Betriebsamkeit und Gelehrsamkeit der Universitäten zu verfallen. Nur im Sozialismus vermag ein Geschlecht „geistiger Menschen“ neu zu erheben, deren Bezugssystem die Kenntnis der Gesellschaft in ihren technischen und sozialen Bewegungsformen voraussetzt, das aber erfüllt ist von der Leidenschaft des Kampfes um eine neue Sinnggebung der menschlichen Entwicklung.

Wer schützt die Volksschule?

Ein paar Worte zur Aufklärung

Wer die Presseberichte über die Etatsberatungen in den verschiedensten Gemeinden verfolgt, der erkennt in allen schweren Sparmaßnahmen eine gerade für uns sehr unangenehmen Faden: Abbau am Schulwesen. Es ist immer die gleiche Sache. Um das Chaos, um größere Not der Massen zu verhindern, müssen unsere Minister und die Gemeindevorsteher der Vorziele Sparmaßnahmen unterstützen, die wahrhaftig nicht nach dem Herzen der Sozialisten geschnitten wurden. Dadurch, daß immer größere Lasten den an und für sich schon finanzschwachen Gemeinden auferlegt werden — und die ärmsten werden durch die Arbeitslosigkeit ja am härtesten betroffen —, entsteht natürlich überall ein Konflikt zwischen den Wohlfahrts- und den Schullasten der Gemeinden. Will man Menschen nicht faulziglich verhungern lassen, so kann man an den sozialen Lasten nicht sparen, und deshalb ist zu unserem größten Schmerz die Schule nicht selten verurteilt, sich Abstriche gefallen zu lassen. Niemand kann diese Abstriche bitterer empfinden als ein Sozialdemokrat, und es ist daher erklärlich, daß gerade sozialdemokratische Verwaltungsbeamte aus den eigenen Reihen recht geharnischte Proteste erheben. Wir freuen uns über diese Notrufe um der Schule willen ganz außerordentlich, und die Genossen Grimme und Seering werden das mit uns tun, weil wir alle stolz auf eine Parteibewegung sind, deren Mitglieder noch hungernd und darben kulturelle Belange hochhalten.

Gegenüber dieser Tatsache müßte eigentlich alle Demagogie der Reute vom Hakenkreuz und Sowjetstern wirkungslos zerflattern, wenn das politische Analphabetentum in Deutschland nicht so groß wäre. So aber müssen wir es täglich erleben, daß nicht nur die weiche Deutschland durch ihre Zustimmung für Hitler und Thälmann an den Rand des Verderbens gebracht haben, Ursache und Wirkung nicht erkennen können, sondern auch weite andere Kreise, die in zwischen einen schulpolitischen Blick gewonnen haben müßten. Vor allem von der Volksschullehrerschaft dürfen wir die Erkenntnis verlangen, daß gerade die Sozialdemokratie die Volksschule aus der Rolle der Armeuteilschule befreit und zu einer wirklichen Volksschule in schwerster Zeit entwickelt hat. Ist es doch bezeichnend, daß in einem Berlin benachbarten Ort die Rechtskreise der Gemeinde für 189 Kinder nur drei Lehrer behalten möchten, wobei Klassen mit 80 Schülern entstehen, da es unmöglich ist, einfach schematisch zu teilen. Das hindert dann allerdings dieselben Kreise nicht, aus demagogischen Gründen über die Sparsparnisse unserer Minister zu jähern, obwohl die Erlöse nur unter dem Druck der finanziellen Notlage der Gemeinden gegeben wurden und in ihrer Art allein schon die Vorzüge des modernen Preußen aufwiesen. Kein Lehrerbau ist verlagert worden, sondern ein Einsparen von Stellen, genau so, wie die Sozialdemokraten Berlins dafür sorgen, daß die Junglehrer nicht entlassen werden. Es ist schon ein Unterschied, ob Menschen aufs Straßenpflaster geworfen oder ob vorübergehend keine neuen Kräfte eingestellt werden. Gewiß sind andere uns in demagogischen Forderungen, auf die wir ganz verzichten, über, aber im Einzelfall hofft man dann wieder auf uns. Deshalb waren auch die heftigen Ausfälle ungehörig, die ein Vertreter auf der Tagung des Deutschen Lehrervereins in Frankfurt a. M. gegen den Genossen Grimme führte. Der Genosse Menzel, selbst einst lange Führer im Lehrerverein und wohl unser ältester Ministerialrat in der Partei, fuhr dem Vertreter gehörig in die Parade. Er hatte ein besonderes Recht dazu, weil er seit 1918 unsere sozialdemokratische Aufbauarbeit für die Volksschule an vorderster Front mitgemacht hat und einst von Konrad Hänisch als Vertrauensmann der Lehrerschaft berufen wurde. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die „Preussische Lehrzeitung“ sich ziemlich eindeutig auf die Seite Menzels gestellt hat. Immerhin haben wir das Zeichen zu beachten und zu erkennen, daß man die Leistungen unserer Partei für die Volksschule nur zu gern vergißt. Aufgabe der Lehrer- und Eltern Genossen wird es sein, durch Aufklärung zum Angriff überzugehen.

Wir wollen doch einmal die Partei sehen, die ähnliche Leistungen für die einheitliche Volksschule aufzuweisen hat! Die Führer

der Lehrerschaft werden wissen, daß sie oft nichts erreicht hätten, wenn ihnen unsere Genossen im Reichs- und Landtag nicht helfend zur Seite gestanden hätten. Vor der letzten Gemeindevorsteherwahl sprachen auch auf den Dörfern selbst recht sitzende Lehrer uns gegenüber die Hoffnung auf Verstärkung der SPD. aus, weil sie, die sich gefühlsmäßig noch immer nicht von der Rechseinstellung der Verwandtschaft trennen können, doch erkannten, daß der sozialdemokratische Logelöhner für die Volksschule mehr übrig haben muß als der Gutsbesitzer, der seine Kinder in die höhere Schule schickt. Damit wird eine Leistung der Sozialdemokratie berührt, die der Schule sehr geholfen hat: die Eingemeindung der Gutsbezirke. Die Genossen außerhalb der Städte wissen, wie nach dieser Maßnahme die Gutslehrer aufatmen konnten. Und haben nicht viele Lehrer und Eltern unsere Genossen im Landtag erfolgreich aufgedrückt, wenn sie von reaktionären Bevölkerungsteilen bedrängt wurden?

Hat nicht die Preußenregierung unter sozialdemokratischer Führung eine personelle Verwaltungsreform durchgeführt, die sich zum Besten einer freieren Betätigung der Lehrer auswirkt? Hätte je eine Vorkriegsregierung Vertrauensleute der Lehrerschaft berufen? Konrad Hänisch und Walpolf Hoffmann waren kaum zwei Tage im Amt, als sie sich durch ihren Unterstaatssekretär auch schon mit dem Deutschen Lehrerverein in Verbindung setzten. Muß man an denselben Konrad Hänisch erinnern, der zurücktreten wollte, wenn man die Lehrer schlechter einstuft? Natürlich hatte er dabei kein Berufsinteresse vor Augen, sondern die Verhängung der bisher verachteten Volksschule. Sozialdemokraten haben die geistliche Schulaufsicht beseitigt, eine Tatsache, die junge Lehrer heute leider nicht mehr zu wissen brauchen, Sozialdemokraten haben in vorderster Front für die Befreiung der Vorkschulen und Festigung der Grundschule gekämpft und wohl allein ein ungünstiges Schulgesetz bisher verhindert. Und unter dem Genossen Grimme hat besonders stark der Kampf gegen den Unfug des Berechtigungswezens eingesetzt und die sozialdemokratische Aktivität für die Verlingerung der Schulzeit.

Wir wissen, daß unsere Vertrauensleute im Landtag und Ministerium ständig prüfen, ob die den Kommunaldelegierten der Regierungen gegebenen Vollmachten nicht etwa zu groß sind und daß man über kurz oder lang den Rat der Schulleute mehr berücksichtigen wird. Auch Sparsparnisse müssen sich einspielen. Wir müssen auch prüfen, ob es richtig ist, Gemeinden gegen ihre Leistungsfähigkeit und ihren klaren Willen Mehrstellen abzubauen. Sozialdemokratische Regierungsteile sollten recht sitzende und oft republikanische Stadtpervaltungen nicht zu sehr von der Verantwortung entbinden.

Auch der Planwirtschaft im höheren Schulwesen werden alle beteiligten Kreise größte Aufmerksamkeit schenken müssen. In Berlin ziehen viele Leute schon nicht um, weil für ihr Kind dann eine geeignete höhere Schule fehlt, da man mit ganz verschiedenen Sprachen beginnt. Unerträglich aber sind in der Provinz die höheren Zwergschulen auf Kosten der Volksschule. Kein Sozialdemokrat wird eine wesentliche und notwendige Schule beseitigen wollen, aber für Schulen, die man nur aus Prestigegründen hält, ist kein Platz in einer Zeit, in der die Volksschule Not leidet. So soll in einer Gemeinde, deren Kinder bequem die höheren Schulen der Nachbarstadt besuchen können, jetzt schon die 4. Volksschulstelle abgebaut werden, während man die höhere Schule nicht abbauen kann, da die Lehrer von der Stadt angestellt sind. Hier sollte der Landtag ein entscheidendes Wort sprechen.

Damit sind Punkte berührt, die von der Sozialdemokratie schon immer zum Anlaß der Kritik genommen wurden. Noch auf eine Tatsache soll man alle verweisen, die der oberflächlichen Propaganda gegen uns zum Opfer fallen: hätten wir am 14. September 1930 die Stimmen der Rosinadläufer und der von Moskau irreführenden Arbeitererschaft erhalten, dann würden wir uns unsere Steuern anderswo holen als in der Schule und im Haushalt der Kernfien. Ernst Schultz.

